

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (rei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Aufstellungsgeld)) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-LL / Verlagsdirektion: Dresden-LL, Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Non-avenuezeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklameweile einschließlich an den dreißigtägigen Teil einer Letztseite 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-LL, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Montag den 15. Juli 1929 Nummer 162

Die Sowjetunion antwortet den chinesischen Räubern

Unikum an China — Kriegsheke der deutschen Presse gegen die USSR — Truppenzusammenziehung an der russischen Grenze — Machivoiler Aufmarsch in Heidenau

Moskau, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Telegrafunion der Sowjetunion teilt mit, daß die Sowjetregierung dem chinesischen Geschäftsträger eine von Kadow unterzeichnete Note über den provokatorischen Überfall der chinesischen Regierung auf die sibirische Eisenbahn überreicht hat, in der heftigster Protest dagegen eingelegt wird und in der es am Schluß heißt:

„Ihrer Friedenspolitik treu bleibend, gibt die Sowjetregierung trotz der provokatorischen Gewaltmaßnahmen der chinesischen Behörden nochmals ihre Bereitschaft kund, mit China in Verhandlungen über den gelamten, die chinesische Ostbahn betreffenden Fragenkomplex einzutreten. Solche Verhandlungen wären jedoch nur möglich, wenn die verhafteten Staatsangehörigen der Sowjetunion unverzüglich freigelassen und sämtliche gleichwidrigen Handlungen der chinesischen Behörden rückgängig gemacht würden. Dementsprechend schlägt die Sowjetregierung vor:

1. Unverzüglich wird eine Konferenz zur Regelung aller die chinesische Ostbahn betreffenden Fragen einberufen.
2. Die chinesischen Behörden machen unverzüglich sämtliche die chinesische Ostbahn betreffenden Willkürmaßnahmen rückgängig.
3. Alle verhafteten Sowjetbürger werden unverzüglich freigelassen. Die chinesischen Behörden stellen alle Verfolgungen und Schikanen gegenüber Staatsangehörigen und Einrichtungen der Sowjetunion ein.

Die Sowjetregierung rät der Regierung von Moskau und der Nationalregierung von China, die ersten Folgen zu bedenken, die sich aus einer Ablehnung dieser Vorschläge der Sowjetunion ergeben würden. Die Sowjetregierung erwartet innerhalb von drei Tagen eine Antwort der chinesischen Regierung auf ihren Vorschlag. Falls sie keine befriedigende Antwort erhält, wird sie genötigt sein, zu anderen Mitteln zur Wahrung der gelegmäßigen Rechte der Sowjetunion zu greifen.“

Die Berliner demokratische Montagspost ist gezwungen, die Sowjetnote u. a. folgendermaßen zu kommentieren:

„Zweifellos hegt man in Moskau die ehrliche Hoffnung, China durch diese Sprache in letzter Minute zur Besinnung zu bringen und auf friedlichem Wege noch einen Ausgleich des Konfliktes finden zu können!“

Die ganze übrige Montagspresse, voran die pazifistische Welt am Montag macht schärfste Hehe gegen die Sowjetunion und erklärt u. a., daß bei einem ausbrechenden kriegerischen Konflikt die Sowjetregierung als der Angreifer zu betrachten sei.

Zaristische Offiziere im Dienste Chinas

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Aus Shanghai wird gemeldet, daß die mandchurischen Behörden an Stelle der von ihnen entlassenen und bereits über die Grenze abgehobenen sowjetischen Angestellten der ostchinesischen Bahn 80 antichinesische Russen, darunter zahlreiche zaristische Offiziere, in Dienst genommen haben.

Nach offiziellen Berichten haben die mandchurischen Behörden außerdem 3 chinesische Kavalleriebrigaden in der Nähe der Grenze als Bahnschutz postiert, um gegen etwaige plötzliche Vorstöße der Sowjetunion sofort einen Bahnschutz zur Verfügung zu haben. Zu diesem Zweck sollen auch bereits mehrere tausend bewaffnete Wehrkräften an die sibirische Grenze beordert worden sein.

liegenden Orten zu Auf zahlreiche Arbeiter erschienen, zu denen Genosse Kurt Sindermann sprach. Er schilderte die Bedeutung der Kämpfe in Wien als Kämpfe gegen den kapitalistischen Staatsapparat, den die SPÖ vorgab, „von innen“ erobern zu wollen, und der gerade durch den Freispruch der kapitalistischen Mörder von Schattendorf bewies, daß er der Staat der Bourgeoisie, der Staat der Ausbeuter und Parasiten ist. Die politische Entwicklung, die Genosse Sindermann aufzeigte, ist in Deutschland wie in Österreich den Interessen der Arbeiterklasse bis dato entgegengekommen. Hier wie da rücksichtslose Vorstöße gegen das Proletariat und seine revolutionären Organisationen, die nicht nur deswegen unterdrückt und verboten werden, um den „inneren Frieden“, d. h. den Frieden, bei dem der Arbeiter noch nicht unter der Ausbeuterherrschaft steht, zu haben, sondern um darüber hinaus freie Hand bei den imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjetrußland zu haben. Die Arbeiterklasse aber wird und muß die Sowjetunion verteidigen, indem sie den imperialistischen Kriegstreibern mit der Vermittlung und praktischen Durchführung der revolutionären Partee

antwortet. Krieg dem imperialistischen Kriege!

Nach der Ansprache des Gen. Sindermann, die mit lebhafter Zustimmung aufgenommen wurde, traten die Roten Kameraden, begeistert begrüßt in einigen ihrer politischen Sengen auf. Auch hier dankte lebhafter Beifall der Arbeiter für das Gebotene. Dann bildete sich

der Demonstrationstrupp, der sich unter Vorantritt der ostchinesischen Arbeiter KPD und unter Mitführung zahlreicher roter Fahnen und Transparente durch Heidenau bewegte. Ein Transparent

„Wir marschieren trotz KPD-Verbot!“

wurde vorangetragen. Von Jänern und Breiterplanen leuchtete das revolutionäre Rotenrot der Arbeiterwehrgeneration: „Trotz Verbot sind wir nicht tot! Rot Front!“ Immer wieder hoben sich die Häute der Demonstrierenden, wenn die den Weg säumenden Arbeiter die Faust ballten und den Bundesgruß des KPD riefen. „Wir sind nicht zu verbieten!“ leuchtete es an einem Jann.

Tamohl — proletarischer Wille zum Klassenkampf ist nicht zu verbieten, er kann durch Verbote nur angeht werden!

In diesem Sinne bewegten sich auch die Ausführungen des Genossen Siegfried Kädel, der

auf dem Heidenauer Sportplatz

in einer kurzen und martigen Ansprache nochmals den politischen Sinn dieses Aufmarsches darlegte. Krieg dem imperialistischen Krieg, d. h. Mobilisierung der Massen in den Betrieben für den Antifaschistenkampf am 1. August, d. h. den Arbeitern be-

„Wir sind die Massen des Hochverrats!“

Machtvolle Demonstration in Heidenau — Wir marschieren trotz KPD-Verbot! 28 Arbeiter verhaftet

Am gestrigen Sonntag marschierte der Kerntrupp des revolutionären Proletariats im Industriegebiet Pirna-Heidenau zu einer machtvollen Kundgebung in Heidenau auf, um der gelassenen Wiener Barricadenkämpfer zu gedenken und das Gelübnis zum revolutionären Klassenkampf und der kommunistischen Partei erneut abzulegen. Der Industriecor Heidenau galt noch vor Jahren als die Hochburg der Reformisten.

In unermüdlichem und zähen Kampf gegen Tradition und Lügen, die den Hauptbestandteil der sozialdemokratischen „politischen Argumente“ gegen den Kommunismus ausmachen, ist es der kommunistischen Partei auch in Heidenau gelungen, Breche in die Positionen der reformistischen Gegner des revolutionären Klassenkampfes zu schlagen und den Arbeitern den Weg der SPD zum Sozialfaschismus aufzuzeigen.

Der gestrige Aufmarsch hat bewiesen, daß die Sympathie der Werktätigen bei der KPD ist, weil diese als einzige Partei, nicht achtend der notwendigen Opfer, die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Der kapitalistische Gegner der Arbeiterklasse weiß, daß er die Arbeiterklasse nur dann zu fürchten hat, wenn diese unter der Führung der KPD die ernsthafteste Durchsetzung und Organisation ihres Befreiungskampfes betreibt.

Die Machtmittel der kapitalistischen Staatsmaschine wurden denn auch gestern wieder brutal gegen die aufmarschierenden Arbeiter eingesetzt.

Kadfahrer, die sich auf dem Wege nach Heidenau befanden, wurden ohne irgendeinen Grund verhaftet.

Dem Genossen Landtagsabgeordneten Kurt Sindermann erklärte einer der Beamten auf die Frage nach dem Grund dieser provokatorischen Verhaftungen, „die betreffenden Kadfahrer seien hinter einem (mit Kommunisten besetzten) Auto hergefahren“. Ein „Grund“ für die Verhaftung von — wie sich später herausstellte — 28 Arbeitern! Wir konnten später feststellen, daß

des ungeheuren Polizeiaufgebots an den „strategisch wichtigen“ Punkten der Peripherie Dresdens in Bereitschaft

gehalten wurde. In Heidenau selbst ließ sich die Polizei nicht sehen.

Die Eröffnungskundgebung

im Deutschen Haus bildete den Auftakt zu dem mächtigen Demonstrationstrupp, der sich später durch die Straßen der Stadt bewegte. Mehrere Dutzende, mit roten Transparenten geschmückt, hielten eine große Anzahl Arbeiter nach Heidenau geführt. Ebenso waren mit der Eisenbahn auswärtige Genossen, trotz der Polizeijetztungen eine fastliche Anzahl Kadfahrer und aus den nahe-

Groß-Dresdener Anti-Kriegskomitee

Das Groß-Dresdener Anti-Kriegskomitee tagt am Dienstag, dem 16. Juli, 19.30 Uhr

Im Senefelder, Kaulbachstraße ■ Alle gewählten Mitglieder von Anti-Kriegskomitees, Betriebsräte-ausschüssen, Antifaschistenkomitees u. Betriebsvertrauensleute müssen an der Tagung teilnehmen Die Betriebe und Massenorganisationen, die ihre Delegierten noch nicht gewählt haben, müssen dies sofort nachholen ■ Aus jedem Betrieb, aus jeder Massen-Organisation muß ein Delegierter entsandt werden